

kalkaiser", die in chinesischen Gemeinden und Dörfern nicht selten anzutreffen sind und häufig regelrechte Terrorregime in ihrem kleinen Machtbereich errichten. Unter der politisch "ausgewogenen" Parole "Unterstützt die Kommunistische Partei Chinas - Nieder mit Liu Jinchang" (Name des Gemeindeparteisekretärs) stürmten mehrere hundert Bauern den Sitz der betreffenden Gemeinderegierung. Damit zwingen sie die Kreisregierung zum Eingreifen, die nicht nur Einheiten der Bewaffneten Volkspolizei entsandte, um die Unruhen zu unterdrücken und die "Rädelsführer" unter den Demonstranten zu verhaften, sondern auch eine Untersuchung des Hintergrundes der Vorfälle einleitete. Wegen Korruptionsvergehen und Amtsmissbrauchs wurde schließlich fast die gesamte Gemeindeführung aus dem Amt entfernt. (*Pingguo Ribao*, Hongkong, 25.11.1996, nach SWB, 30.11.1996)

Politische Entscheidungen, Gesetze und Bestimmungen, die auf nationaler oder Provinzebene verabschiedet werden, können der ländlichen Bevölkerung als Hebel zur Kritik an örtlichen Mißständen und als Anlaß für öffentliche Proteste dienen. Dies war der Hintergrund für Proteste, die sich gegen mehrere Gemeinderegierungen im Kreis Qidong in der Provinz Hunan von Ende August bis Mitte September dieses Jahres richteten. Zehntausende demonstrierten in jenen Wochen gegen die Abgabepolitik der Gemeinderegierungen, die der Bevölkerung überhöhte Steuern und Gebühren auferlegten. In mindestens einem Fall kam es, nachdem die Polizei Tränengasgranaten gegen die Demonstrierenden eingesetzt hatte, zu schweren Ausschreitungen und zur Erstürmung des lokalen Regierungssitzes. (*Mingbao*, Hongkong, nach SWB, 9.11.96)

Die Unruhen waren ausgebrochen, als der Inhalt des Dokumentes Nr.9 [1996] des Provinzpartei-Komitees in diesem Kreis bekannt wurde. In diesem Dokument wurden den Kreis- und Gemeinderegierungen konkrete Weisungen für die Senkung der Abgaben und Gebühren erteilt. Diese Weisungen waren jedoch auf lokaler Ebene nicht von allen Regierungen in die Praxis umgesetzt worden. Dies führte unter der bäuerlichen Bevölkerung zu großem Unmut. Das siebenseitige Provinzdokument wurde sogar vor örtlichen Kino-Aufführungen öffentlich verlesen, die Kritik an den Gemeinderegierungen erfaßte weite Teile der Bevölkerung. Anfang September zogen mehrere hundert Bauern, die po-

litische Legitimität für ihre Proteste beanspruchten, indem sie Porträts von Mao Zedong und Zhou Enlai vor sich hertrugen, zum Sitz ihrer Gemeinderegierung und riefen "Nieder mit korrupten Kadern!" und "Setzt das Dokument Nr.9 des Provinzpartei-Komitees um!". Die Demonstration war gezielt an einem Markttag angesetzt worden, so daß sich mehrere tausend Marktbesucher den Protesten spontan anschlossen.

Nach offenbar unblutigen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften und langwierigen Verhandlungen erklärte sich die lokale Führung schließlich bereit, einige Abgaben zu senken. Einer der stellvertretenden Gemeindeparteisekretäre wies allerdings darauf hin, daß die Gemeinderegierung nicht allein für die Steigerung der Abgabenlasten verantwortlich sei: Die stetige Erhöhung der Gebühren etwa im Schul-, Post- oder Polizeibereich hätten andere Verwaltungsstellen zu verantworten. Darüber hinaus verlagere die Provinzregierung zunehmend ausgabenreiche Aufgaben auf untere Verwaltungsebenen, was diese zur Erhöhung ihrer Einnahmen zwingt. Die Gemeinderegierungen würden unter diesen Umständen zu "Sündenböcken" für den Unmut der Bevölkerung. -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

*(7)

Anwendung militärischer Technologie für zivile Zwecke

Forschungsinstitute für die Rüstungsindustrie sollen sich künftig in stärkerem Maße zivilen Hochtechnologie-Projekten widmen, namentlich der Entwicklung von Nuklearenergie, Zivilflugzeugen, Satelliten und Schiffen. Dies wurde kürzlich von seiten der Staatlichen Kommission für Verteidigungswissenschaft, -technik und -industrie auf einer Tagung über militärische Forschungsinstitute bekannt. Militärische Hochtechnologie soll vor allem in den Bereichen Entwicklung und Anwendung von Weltraumressourcen und neuer Energie, mehrdimensionaler Hochgeschwindigkeitstransport, Informationsindustrie, Umweltschutz, moderne pharmazeutische Ausrüstung und Herstellung, Entwicklung maritimer Ressourcen und anderen modernen Industrien zur Anwendung kommen. Ins-

besondere sollen größere Anstrengungen unternommen werden, die Umsetzung der wissenschaftlichen Ergebnisse der militärischen Forschungsinstitute zu beschleunigen, und zwar durch eine stärkere Verbindung zwischen Forschung und Produktion. Zu diesem Zweck sollen den Instituten mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Zugleich werden Kontakte und Kooperation der militärischen Forschungsinstitute mit ihren ausländischen Kontrahenten bezüglich der Verwendung militärischer Technologie für zivile Zwecke befürwortet. Die für den zivilen Gebrauch entwickelten Produkte sollen verstärkt exportiert werden. (XNA, 5.11.96, nach SWB, 12.11.96)

Die hier verfolgte Strategie wurde auch in dem kürzlich veröffentlichten Beschluß über die Vertiefung der Reform des Wissenschaftssystems propagiert (vgl. C.a., 1996/10, Ü 13, P.V). Hierbei geht es nicht um eine Konversion der militärischen Forschung und der Rüstungsindustrie im Sinne einer Reduzierung, sondern um die Nutzbarmachung militärischer Hochtechnologie für zivile Zwecke. An den militärischen Forschungsinstituten arbeiten hochqualifizierte Wissenschaftler, deren Forschungsergebnisse nicht nur die Rüstungsindustrie voranbringen, sondern auch die technologische Modernisierung ziviler Bereiche fördern können. Diese "Spill-over"-Effekte der militärischen Forschung will man sich zunutze machen. -st-

*(8)

China startet eigenes Internet

Ende dieses Jahres wird in acht Städten Chinas ein eigenes Informationsnetz in Betrieb gehen. Dieses in Übersetzung als "Infohighway Space" bezeichnete Informationsnetz ist in bewußter Absetzung vom weltweiten Internet eingerichtet worden und wird als ein Informationsnetz mit chinesischen Kennzeichen gepriesen. Betreiber ist die "China Infohighway Communications Co. Ltd.", an der sich eine ganze Reihe von Behörden und Abteilungen mit einer Investitionssumme von 80 Mio. Yuan beteiligen. Von seiten der Betreibergesellschaft hieß es, das Internet beruhe auf den Werten, der Kultur, der Sprache und den Sitten und Gebräuchen der Vereinigten Staaten, die manchmal der chinesischen Kultur und den aktuellen Bedingungen Chinas widersprächen. Deshalb sei es notwendig, ein eigenes Internet mit chinesischen Kennzeichen aufzubauen. Es handelt sich dabei um

eines der wenigen interaktiven Netzwerke Chinas; alle Interfaces sind in Chinesisch. Es bietet alle möglichen Informationsdienste an, wie z.B. netzgestützte Bildung, E-Mail, Online-Informationen über den Aktienmarkt, Spiele, Einkaufsmöglichkeiten, medizinische Information u.ä. Die acht angeschlossenen Städte sind Beijing, Shanghai, Guangzhou, Shenzhen, Fuzhou, Xi'an, Shenyang und Harbin.

An das Internet waren in China bis Ende August 6.000 Computer und 40.000 Abonnenten über sechs internationale Kanäle angekoppelt. Es wird erwartet, daß sich diese Zahlen bis Ende des Jahres auf 10.000 bzw. 100.000 erhöhen. (XNA, 30.10. u. 16.11.96)

Unterdessen haben Wissenschaftler des Sichuaner Instituts für wissenschaftliche und technologische Information ein Übersetzungssystem vom Englischen ins Chinesische entwickelt, das Leuten, die keine Englischkenntnisse haben, die Übernahme von Informationen aus dem Internet ermöglicht. Das System liefert Abonnenten simultane Online-Übersetzungen und bietet somit breiteren Zugang zu englischsprachigen Informationen und zu weltweiter Kommunikation. Das maschinelle Übersetzungssystem war Teil des nationalen "Projekts 863", einem 1986 ins Leben gerufenen Programms für High-Tech-Forschung. Die Zuverlässigkeit der automatischen Übersetzung wird mit 80 Prozent angegeben. Computer mit Pentium-Prozessor können 60.000 chinesische Schriftzeichen pro Stunde übersetzen. (XNA, 13.11.96)

China ist dabei, den Einstieg in das Informationszeitalter in die Praxis umzusetzen. Gerade angesichts der bestehenden Kommunikationsdefizite (Verkehr, Telekommunikation) soll der Ausbau der elektronischen Informationsnetze zügig vorangetrieben und allen Regionen der Zugang zu verschiedenen Datenbanken ermöglicht werden. Dabei will China jedoch nicht von internationalen Informationsnetzen abhängen, sondern richtet ein eigenes, auf die Bedürfnisse Chinas zugeschnittenes Informationssystem ein. Hierfür sind nicht nur politisch-ideologische, sondern auch praktische Gründe maßgeblich. Unter diesen ist die Sprache ein wichtiger Grund, denn über ausreichende Englischkenntnisse verfügt nur eine kleine Minderheit. -st-

*(9)

Verbreitung von PCs für den Hausgebrauch

In den letzten zwei bis drei Jahren hat der Verkauf von Computern für den Gebrauch zu Hause stark zugenommen. Bis Ende 1995 soll deren Zahl 600.000 erreicht haben. Der Absatz von Computern steigt jährlich um gut 60%, darunter machen die Familien-PCs mittlerweile ein Drittel aus. Der Hauscomputer-Markt wird derzeit als überaus florierend angesehen, insbesondere in den Großstädten, wo die Nachfrage häufig nicht befriedigt werden kann. Computer werden in großer Zahl von den Eltern für ihre Kinder angeschafft, um diesen das Lernen zu erleichtern oder ihnen bessere schulische Voraussetzungen zu schaffen. In Beijinger Eliteschulen z.B. haben in manchen Klassen bis zu 50% der Kinder einen eigenen Computer. So nutzt denn auch im ganzen Land der größte Anteil der Familien, die zu Hause einen Computer haben, diesen zu Lernzwecken. 75% aller Kunden, die einen Computer für die Familie kaufen, nutzen den PC zum Lernen. Erst danach rangieren andere Möglichkeiten des PC wie Textverarbeitung, die hauptsächlich von Schriftstellern, Journalisten und Wissenschaftlern genutzt wird, und Unterhaltung, die nicht zuletzt seit Einführung des verlängerten Wochenendes ebenfalls stärkere Verbreitung findet. Datenautobahnen, E-Mail und sonstige elektronische Kommunikation sind weitere Möglichkeiten, die eifrig genutzt werden.

Insgesamt gesehen, ist der Hausgebrauch von PCs jedoch noch sehr begrenzt. Zur Zeit besitzt nur etwa eine von tausend Familien einen Computer, während in einigen Ländern schon 40% aller Haushalte einen Computer haben. Der Computermarkt für PCs für den Hausgebrauch kann sich jedoch nicht in dem gewünschten Maße ausdehnen, weil zwei entscheidende Hemmnisse zu überwinden sind: Zum einen fehlt es an ausreichender Software für chinesischsprachige Benutzer. Obwohl über die Hälfte aller Familien-PCs für Kinder zu Lernzwecken gekauft wird und entsprechende nationale Software vorrangig entwickelt werden sollte, herrscht auf diesem Gebiet immer noch Mangel. Die in den Geschäften angebotene Software ist meistens nur für Unterhaltungszwecke bestimmt. Der zweite Engpaß liegt in den unzureichenden EDV-Kenntnissen in den Familien und den geringen Möglichkeiten, sich solche Kenntnisse anzueignen. Zwar boomen derzeit über-

all Computerkurse, aber häufig reicht die Kapazität nicht aus, und überdies sind viele nicht auf die Bedürfnisse der Familien zugeschnitten. (Vgl. GMRB, 2.11.96, S.1) Durch diese beiden Defizite wird der Optimismus in bezug auf die Ausweitung des PC-Gebrauchs in den Familien stark relativiert. -st-

*(10)

Zunehmende Zahl von Hongkonger Studenten studiert auf dem Festland

Immer mehr Hongkonger Studenten bewerben sich um einen Studienplatz in einer Universität auf dem Festland. Die meisten von ihnen wissen wenig über China und studieren dort, um mehr über das Festland zu lernen. Im Jahre 1990 bewarben sich nur 17 Studenten um ein Postgraduiertenstudium in China zur Erlangung des Magister- oder Doktorgrades. Damals wurden nur vier der Bewerber aufgenommen. In diesem Jahr betrug die Zahl der Bewerber 150; von ihnen erhielten 59 einen Studienplatz. Die Zahl der Bewerber für ein Grundstudium ist ebenfalls gestiegen, und zwar von 58 im Jahre 1990 auf 136 in diesem Jahr. Diese Bewerber müssen sich den obligatorischen nationalen Aufnahmeprüfungen unterziehen, können die Prüfungen aber in Hongkong unter Aufsicht eines Vertreters der Staatlichen Bildungskommission in Beijing ablegen. Wie ihre Mitstreiter vom Festland können die Kandidaten Wünsche in bezug auf die angestrebte Hochschule und das Studienfach äußern. Die Zuteilung eines Studienplatzes richtet sich nach dem Hochschulwunsch und dem Prüfungsergebnis. Bevorzugte Universitäten sind die Beijing-Universität und die Qinghua-Universität in Beijing, die Fudan-Universität in Shanghai und die Zhongshan-Universität in Guangzhou. Voraussetzung für die Erlangung eines Studienplatzes auf dem Festland ist, daß die Kandidaten die chinesischen Kurzzeichen lesen und fließend Hochchinesisch sprechen können. (South China Sunday Morning Post, 3.11.96)

Ausschlaggebend für die Entscheidung, in Festlandchina zu studieren, ist der Wunsch, über das Studium bessere Kenntnis der Besonderheiten des jeweiligen Faches und damit der chinesischen Verhältnisse in bezug auf das jeweilige Fachgebiet zu erlangen; denn der Einfluß Festlandchinas auf die Hongkonger Verhältnisse wird in Zukunft unweigerlich zunehmen, und dann werden diejenigen eine bessere Ausgangsposition

haben, die mit den Besonderheiten des Festlands vertraut sind. Ein gewisser Anreiz dürfte auch sein, daß die Studiengebühren auf dem Festland mindestens um 50% niedriger liegen als in Hongkong. Entgegen der gängigen Auffassung sind jedoch die Zulassungsprüfungen und das Studium selbst in China keinesfalls leichter als in Hongkong, wie von Fachleuten versichert wird. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der Studenten, die in Großbritannien studieren wollen, merklich zurückgegangen ist: 1980 gingen noch 4.000 Hongkonger Studenten nach Großbritannien, 1995 nur noch 2.900. (Ebd.) -st-

*(11)

Probleme des Bildungswesens in den Minderheitengebieten

Kürzlich veröffentlichte die *Guangming-Zeitung* einen Artikel des Vizepräsidenten des Nationalen Volkskongresses Buhe über Probleme der Minderheitenerziehung (GMRB, 3.11.96). Buhe hatte im Juni dieses Jahres eine Inspektionsreise nach Qinghai unternommen, um das dortige Bildungswesen zu untersuchen. Die Erkenntnisse, die er dort gewann, veranlaßten ihn, diesen Bericht zu schreiben mit dem Ziel, auf die Probleme des Bildungswesens bei den Nationalitäten allgemein aufmerksam zu machen.

Der Bericht beginnt mit einer kurzen Darstellung des Qinghaier Schulwesens. Danach gab es vor 1949 in der gesamten Provinz nur drei Mittelschulen; die Einschulungsrate der Kinder im Schulalter betrug nur 14,4%, und die Analphabetenrate lag bei über 90%. Heute beläuft sich die Einschulungsrate auf 87,44%, es gibt 295 Mittelschulen der Unterstufe und 176 Mittelschulen für die Oberstufe, d.h. es ist ein Schulsystem aufgebaut worden, in dem alle Schultypen vorhanden sind und seit mehreren Jahren verschiedene Arten von Fachleuten ausgebildet werden. Dennoch ist das Entwicklungsniveau des Bildungswesens sehr niedrig, vor allem aufgrund der rückständigen wirtschaftlichen und kulturellen Grundlagen der Provinz. So beträgt die Einschulungsrate in den beiden autonomen Bezirken der Tibeter Guoluo und Yushu nur 36% bzw. 39%, und die Investitionen ins Bildungswesen sind äußerst niedrig. Die wichtigste Aufgabe sei daher, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in diesen Gebieten voranzutreiben.

Gerade hier aber liegt nach Buhe das Problem, denn praktisch herrschen in allen Minderheitengebieten schwierige natürliche Bedingungen, die Menschen leben von Feldarbeit und Viehzucht, die nicht genügend Erträge bringen, als daß genug Geld ins Bildungswesen gesteckt werden könnte, und aufgrund der unzureichenden Bildung der Bevölkerung besteht auch keine Aussicht auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Eine solche ist nach Buhe nur durch wissenschaftlich-technischen Fortschritt möglich, und dazu ist es erforderlich, das Bildungsniveau der arbeitenden Bevölkerung anzuheben und das Bildungswesen beschleunigt zu entwickeln. Zu diesem Zweck muß vor allem immer wieder die Priorität des Bildungswesens propagiert werden.

Buhe befaßt sich eingehend mit drei Problembereichen, die er für entscheidend hält: 1. der Ausrichtung des Bildungswesens auf die sozioökonomische Entwicklung der jeweiligen Region, 2. der Steigerung der Bildungsinvestitionen und 3. dem Problem der Religion.

1. Die Ausrichtung des Bildungswesens auf die sozioökonomische Entwicklung:

Kernpunkt ist nach Buhe, daß der Erfolg des Bildungswesens davon abhängt, inwieweit es gelingt, dieses mit der sozioökonomischen Entwicklung der jeweiligen Region in Verbindung zu bringen. Wenn die Schulbildung wirklichkeitsfern ist, dann sieht die Bevölkerung auch nicht ein, warum sie ihre Kinder zur Schule schicken soll. Deshalb kommt es zu zwei Erscheinungen: Einerseits wird Schulbildung als wenig nutzbringend angesehen, und deshalb ist die Schulbesuchsrate äußerst instabil; andererseits gibt es auch Leute, die für ihre Kinder eine höhere Schulbildung anstreben und deshalb nur auf die Übergangsraten schauen. Doch wenn diese Jugendlichen nach Abschluß der Mittelschule in ihre Gemeinde zurückkehren, haben sie keinerlei wissenschaftlich-technische Kenntnisse, die sie in der Land- oder Viehwirtschaft anwenden könnten. Diejenigen von ihnen, die eine Fachmittelschule oder tertiäre Bildungseinrichtung besuchen, wandern zum größten Teil in die Städte ab, so daß auf dem Lande ein Mangel an Fachleuten herrscht.

Zur Überwindung dieses Dilemmas schlägt Buhe zwei Wege vor: Zum einen gilt es, entsprechend den Bedürfnissen der Land- und Viehwirtschaft die

beruflich-technische Bildung und die Erwachsenenbildung auszubauen, um entsprechende Fachleute heranzubilden zu können. Zum anderen muß in die allgemeinbildenden Grund- und Mittelschulen beruflich-technische Bildung aufgenommen werden, beispielsweise in der Form, daß an die Grundschule oder an die Mittelschulunterstufe jeweils ein Schuljahr mit beruflich-technischer Bildung angehängt wird nach dem Schema "6+1" bzw. "3+1". Der Vorteil wäre, daß aufgrund der so gewonnenen Fachkenntnisse die wirtschaftliche Entwicklung vorangebracht würde, die Bevölkerung den Nutzen von Bildung sehen würde und infolgedessen der Schulbesuch ebenso wie die Investitionen ins Bildungswesen zunehmen würden. Außerdem müßten für Hochschulabsolventen mehr Anreize geschaffen werden, daß sie in die Minderheitengebiete gehen, und Schüler und Studenten in den Minderheitengebieten müßten finanziell stärker unterstützt werden. Zusammenfassend erhebt der Autor folgende Forderung: Die Selbstverwaltungsorgane der autonomen Minderheitengebiete müßten mehr Entscheidungskompetenz hinsichtlich der Bildungsplanung, der Verteilung der Schulen, des Schulsystems, der Schulform, der Bildungsinhalte, der Unterrichtssprache und der Aufnahmemethoden haben.

2. Die Steigerung der Investitionen ins Bildungswesen der Minderheiten:

Im allgemeinen wird in das Bildungswesen in den Minderheitenregionen viel zu wenig investiert. Die Folgen sind, daß sich ein großer Teil der Schulgebäude und der Ausstattung in erbärmlichem Zustand befindet, daß es an Büchern und Unterrichtsmaterialien fehlt, daß ein Mangel an Lehrern herrscht und ihre Qualifikation niedrig ist und daß die zumeist nichtstaatlichen Lehrer nicht ausreichend entlohnt werden. Dies liegt an der unterentwickelten Wirtschaft und den knappen Finanzen der Minderheitenregionen. Auch die Zentrale kann nicht mehr Unterstützung geben. Hinzu kommt, daß das Schulwesen in den Minderheitengebieten wegen der verstreuten Siedlungen und der schlechten Verkehrs- und Witterungsverhältnisse sehr teuer ist. Man hat berechnet, daß die Bildung eines Grundschulabgängers in diesen Gebieten genausoviel kostet wie im eigentlichen China die Ausbildung eines Forschungsstudenten zum Magister. Außerdem gibt es Probleme beim Einsammeln der Ergänzungsabgabe für das Bildungswesen, und die Finanzämter führen keine eige-

nen Haushalte für das Bildungswesen. Dies alles führt dazu, daß nicht genug Geld für das Bildungswesen da ist. Damit sich die Bildungsausgaben in diesen Gebieten erhöhen, muß eine Doppelstrategie gefahren werden: Einerseits müssen die örtlichen Regierungen ihre Finanzen aus eigener Kraft konsolidieren, andererseits müssen der Staat und die Gesellschaft diese Gebiete stärker unterstützen.

Der Staat muß allmählich seine Investitionen ins Bildungswesen der Minderheiten steigern; dies ist wichtig zur Bewahrung der Einheit und Stabilität. Es gibt bereits das "Projekt zur Einführung der Schulpflicht in den Armutsgemeinden" und das "Staatliche Projekt zur Unterstützung der Bildung von Bedürftigen". Zusätzlich wäre die Gründung einer Stiftung speziell für das Bildungswesen in den Minderheitengebieten erforderlich, die gezielt finanzielle Unterstützung gewähren könnte, um akute Probleme im Bildungswesen der Minderheiten besser und schneller lösen zu können. Als erfolgreiches Beispiel werden die vom Staat im eigentlichen China organisierten "Tibetklassen" für Tibeter erwähnt, durch die eine große Zahl qualifizierter Fachleute ausgebildet werden konnte. Aus diesen Erfahrungen könnte man lernen und in den entwickelten Küstenregionen für die entfernten Minderheitengebiete Schulen betreiben. Wenn aus diesen Gebieten jährlich einige Dutzend Schüler oder Studenten von Fachmittel- oder Fachhochschulen zur Ausbildung in die entwickelten Gebiete kommen könnten, dann hätte das für die Entwicklung der Wirtschaft in der Heimat große Bedeutung und zusätzlich große Wirkung auf die Gesellschaft. Für die Gesellschaft insgesamt bedeutet dies auch eine gute Erziehung zu Patriotismus und Solidarität mit den Nationalitäten.

3. Das Problem der Religion:

In vielen Minderheitengebieten hat die Religion eine lange Geschichte und beeinflusst bis heute das dortige Leben einschließlich Kultur und Erziehung. Viele Familien schicken ihre Kinder nicht gern zur Schule, weil die Qualität der Bildung nicht gewährleistet oder das Sprachenproblem nicht gut gelöst ist. Einige schicken ihre Kinder deswegen auf Tempel- oder Klosterschulen. Vielfach beeinträchtigt religiöses Personal über die Religion die Erziehung und nutzt die Gelegenheit zur Verbreitung der Religion; in einigen Gebieten stören und infiltrieren separatistische Elemente

die Erziehung. Um all dies zu verhindern, muß das Verhältnis zwischen Erziehung und Religion zweckmäßig gestaltet werden. Hierzu ist es an erster Stelle erforderlich, das Prinzip der Trennung von Religion und Erziehung durchzusetzen. Keine Organisation und auch sonst niemand darf, in welcher Form auch immer, in den Schulen die Religion verbreiten und den regulären Unterricht durch religiöse Aktivitäten stören. Auch dürfen die Schüler nicht zum religiösen Glauben gezwungen werden. Dies ist bereits gesetzlich festgelegt. Statt dessen sind die ideologisch-politische Bildung ebenso wie die Vermittlung wissenschaftlicher Kenntnisse in den Schulen zu intensivieren. Darüber hinaus muß das Sprachenproblem gut gelöst werden. Ausgehend von dem tatsächlichen Sprachgebrauch in einem Gebiet und den Wünschen der Minderheitenbevölkerung, ist der Unterricht zweckmäßigerweise zweisprachig zu gestalten. Dazu müssen in verstärktem Maße Lehrbücher in Minderheitensprachen erstellt und zweisprachige Lehrkräfte ausgebildet werden.

Zum Schluß weist Buhe darauf hin, daß die Aufrechterhaltung des Prinzips der Trennung von Erziehung und Religion keinesfalls im Widerspruch dazu steht, daß "patriotische religiöse Persönlichkeiten" im Schulwesen eine aktive Rolle spielen. "Patriotische religiöse Persönlichkeiten" sind Theologen oder Vertreter einer Religionsgemeinschaft, die den offiziellen und damit staatstreuen Führungsgremien der jeweiligen Religionsgemeinschaft angehören. Sie sollen unterstützt und dazu angehalten werden, die Bevölkerung dazu zu bringen, ihre Kinder zur Schule zu schicken.

Der Artikel von Buhe ist insgesamt sehr ausgewogen in dem Sinne, daß hier viel Verständnis für die Bildungssituation bei den nationalen Minderheiten aufgebracht wird und nicht von oben eine einheitliche bildungspolitische Linie aufoktroiiert werden soll. Dies liegt gewiß daran, daß Buhe selbst Mongole ist und daher mit den Verhältnissen der Minderheitenvölker bestens vertraut ist. Als Vizepräsident des Nationalen Volkskongresses vertritt er jedoch die offizielle Partei- und Regierungspolitik, und hier ist deutlich das Bemühen zu erkennen, die wirtschaftliche Situation durch Anheben des Bildungsstands der Minderheitenbevölkerung zu verbessern, wie das auch in den chinesischen Provinzen der Fall ist. Das heikle Thema Religion, das vor allem bei den islamischen Nationalitäten, aber auch bei

den Tibetern für das Bildungswesen eine große Rolle spielt, versucht man positiv anzugehen, indem man sich die Rolle der staatstreuen Religionsvertreter zunutze macht. Auch für das Sprachenproblem werden pragmatische Lösungsvorschläge gemacht. Doppelsprachigkeit ist eine gute Lösung, denn es ist immer zu berücksichtigen, daß Kindern, die kein Chinesisch gelernt haben, meist auch der Weg zu einer weiterführenden Bildungsinstitution verbaut ist.

Angesichts der Rückständigkeit des Bildungswesens in den Minderheitengebieten wären mehr Initiativen wie diese von Buhe wünschenswert, damit die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit stärker auf dieses Problem gelenkt wird. Den Zusammenhang zwischen dem schlechten Schulwesen und der wirtschaftlichen Rückständigkeit klarzumachen, dürfte jedoch bei der ländlich geprägten Minderheitenbevölkerung mindestens ebenso schwierig sein wie bei der hanchinesischen Landbevölkerung. -st-

*(12)

Verstärkung der Kontrolle über Literatur und Kunst

Nach Erlass des ZK-Beschlusses über einige wichtige Probleme beim Aufbau einer sozialistischen geistigen Zivilisation im Oktober (vgl. dazu C.a., 1996/10, Ü 16) sind alle betroffenen Organisationen und Kreise aufgefordert, sich mit dem Dokument zu befassen. Die ZK-Propagandaabteilung hatte noch im Oktober zusammen mit einigen anderen Führungsgremien eine Propagandaveranstaltung durchgeführt, auf der ihr Leiter Ding Guan'gen in einer ausführlichen Rede Erläuterungen zu dem Beschluß abgab. Der Wortlaut der Rede erschien am 5.11.96 in der *Volkszeitung*. Ein längeres Kapitel ist Schriftstellern, Künstlern und Medienleuten gewidmet; sie haben die Aufgabe, dem Volk "gesunde" geistige Nahrung zu liefern und müssen ideologisch und moralisch gefestigt sein. Zu diesem Zweck müssen sie von der Partei gelenkt und einer stärkeren Kontrolle unterzogen werden. Eine entsprechende Weisung erging kürzlich von seiten der Partei- und Regierungsführung an die zuständigen Abteilungen der unteren Verwaltungsebenen (vgl. RMRB, 28.11.96).

Was im einzelnen von den Schriftstellern und Künstlern erwartet und an ihnen kritisiert wird, wurde in einem Artikel von Zhang Tong in der *Volkszeitung*

tung unter der Überschrift "Literatur und Kunst und sozialistische geistige Zivilisation" ausgeführt (RMRB, 1.11.96, S.12). In diesem Beitrag wird die Notwendigkeit betont, daß Literatur und Kunst sozialistisch zu sein hätten und alle negativen Trends, die sich seit Mitte der achtziger Jahre verbreitet hätten, zu bekämpfen seien. Zu den negativen Trends wird vor allem die Auffassung gezählt, das literarische Schaffen sollte realitäts- und politikfern sein und keine Ideologie enthalten. Etwas später seien dann Antirationismus und Antiheldentum propagiert worden, auch sei man gegen hohe Ideale und gegen die Kultur gewesen. Statt dessen habe man Intuitionismus, das Unterbewußte und das Sexualbewußtsein in den Vordergrund gestellt. Unter diesem Einfluß habe eine Reihe von Schriftstellern und Künstlern die trivialen Belange gewöhnlicher Menschen bis hin zu ihren Erfahrungen im Bett geschildert. In solchen Werken komme ein Verfall der Ideale und der Moral zum Ausdruck, zumal wenn sich über hohe Ideale lustig gemacht und Geldanbetung, Hedonismus und extremer Individualismus gepredigt würden. Solche Erscheinungen müßten die Kritiker auf den Plan rufen, doch diese stimmten vielfach in die gleiche Melodie ein und lobten solche Werke, weil durch sie die "zentralen Bewußtseinsformen" oder die "Hauptstromideologie" ausgelöscht würden. Andere Kritiker vertreten eine subjektivistische Philosophie und meinten, das Wesen von Literatur und Kunst sei "Gefühl" und eine sog. "Existenzform des freien Geistes". Sie predigten, daß man sich von der Revolution verabschieden müsse, daß Literatur und Kunst keinen Zusammenhang mit Politik haben sollten, daß Vernunft nicht nötig sei, daß sie möglichst unklar und ohne Bewußtsein sein sollten. Sie leugneten den gesellschaftlichen Bewußtseinscharakter von Literatur und Kunst und somit auch jeglichen Zusammenhang mit dem Aufbau einer sozialistischen geistigen Zivilisation.

Der Verfasser des Artikels wirft diesen Kritikern vor, daß sie die "Hauptstromideologie", also den Marxismus, kritisieren, selber aber ebenfalls einer Ideologie anhängen, nämlich der Ideologie kapitalistischer Gesellschaften. Angesichts dieser Entwicklungen sei es unumgänglich, das literarische und künstlerische Schaffen mit dem Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation in Zusammenhang zu bringen, auf den ideologischen Gehalt und die Vernunft zu achten und die marxistische Weltanschauung zu vertreten. Zudem kritisiert

er, daß in den vergangenen Jahren unkontrolliert Werke erscheinen konnten, die für den Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation schädlich sind. Um dies in Zukunft zu verhindern, fordert er Gesetze und Erlasse, die die Handhabe zur Ausschaltung solcher Werke bieten. Außerdem appelliert er an die Literatur- und Kunstkritiker, Lesern und Publikum die richtige Führung zu geben.

Bemerkenswert an diesem Artikel ist, daß neben den Schriftstellern und Künstlern auch die Literatur- und Kunstkritiker kritisiert werden. Sie werden an ihre Rolle als Mittler zwischen Partei und Künstler erinnert, d.h. sie haben die kulturpolitische Linie der Partei zu vertreten und deren Bewertungsmaßstäbe anzulegen. Zugleich kommt ihnen die Aufgabe zu, gleichsam als Filter zu fungieren, der einerseits unliebsame Werke herausfiltert und andererseits dem Publikum Anleitung gibt, was als "gesunde" geistige Nahrung aus Sicht der Partei einzustufen ist.

Auch nach dem Juni 1989 waren die ideologischen Schrauben für Literaten, Künstler, Journalisten und Geisteswissenschaftler angezogen worden. Seitdem haben sich die schon damals von der Partei kritisierten Tendenzen wieder vorsichtig entfaltet, so daß die Partei abermals die Notwendigkeit sieht, darauf zu reagieren. Die Verabschiedung des ZK-Beschlusses über die geistige Zivilisation im Oktober ist wahrscheinlich nur der erste Schritt. Zu erwarten ist, daß in den kommenden Monaten die Kontrolle über das literarische und künstlerische Schaffen, aber auch über die Medien und die Geisteswissenschaften verschärft wird. Zahlreiche Anzeigen sprechen bereits dafür. -st-

Außenwirtschaft

*(13)

Außenhandels-Joint Ventures zugelassen

Seit dem 30.09.96 werden in der VR China erstmals Außenhandelsgesellschaften mit ausländischem Kapital zugelassen. Die gesetzliche Grundlage bilden die "Provisional Procedures on Establishing Selected Sino-Overseas Foreign Trade Joint-Ventures".

Außenhandels-Joint Ventures (AHJ) können nur in Form einer GmbH gegründet werden und vorläufig nur in den Sonderwirtschaftszonen Shanghai-Pudong und in Shenzhen. Die AHJ sind genehmigungspflichtig. Die Genehmigung wird vom Staatsrat erteilt und vom MOFTEC ausgestellt.

Um ein AHJ gründen zu können, müssen verschiedene Bedingungen von beiden Partnern des Joint Ventures erfüllt sein:

- Der ausländische Partner muß in dem der Gründung vorausgegangenem Jahr einen Mindestumsatz von 5 Mrd. US\$ aufweisen.
- Ferner muß das Außenhandelsvolumen mit der VR China in den drei vorangegangenen Jahren mindestens 30 Mio. US\$ pro Jahr betragen haben.
- Der ausländische Partner muß darüber hinaus mindestens 3 Jahre mit einer Repräsentanz in China vertreten sein.
- Die Investitionen des ausländischen Partners müssen mindestens 30 Mio. US\$ in China betragen.
- Der chinesische Partner darf nur mit einer Außenhandelsgenehmigung eine solche Joint Venture-Kooperation eingehen.
- Das chinesische Unternehmen muß im Ausland Direktinvestitionen getätigt haben, und zwar mindestens drei Niederlassungen, Tochterfirmen oder Beteiligungen aufweisen, die insgesamt einen Umsatz von 10 Mio. US\$ jährlich erreichen.
- In den letzten drei Jahren vor Antragstellung muß der chinesische Partner einen durchschnittlichen Außenhandelsumsatz von über 200 Mio. US\$ mit einem Exportanteil von mehr als 100 Mio. US\$ erzielt haben.

Das registrierte Kapital des AHJ soll mindestens 100 Mio. Renminbi betragen. Ob von der ausländischen Seite auch Sachmittel eingebracht werden können, ist unklar. Sie muß mindestens 25% zeichnen, der chinesische Partner mindestens 51%. AHJ können Außenhandel (Einfuhr und Ausfuhr) in eigenem Namen oder als Vertreter innerhalb des genehmigten Produktbereichs ausführen.

Die vielfältigen Gründungsvoraussetzungen sowie die enge räumliche Beschränkung weisen darauf hin, daß Außenhandels-Joint Venture zunächst wohl eher die Ausnahme als die Regel sein sollen. (NfA, 21.11.1996; AWSJ, 1.10.96; Xu, Guojiang (1996), "Au-